

Abschied vom Zickzack – Europa sucht eine politisch tragende Rolle im Nahen Osten

von Reiner Bernstein¹

Erstmals in den europäisch-transatlantischen Beziehungen haben die Europäer im Hinblick auf den Nahen Osten politisches Eigengewicht demonstriert. In der Debatte im UN-Sicherheitsrat am 18. Februar stimmten sie mit dreizehn anderen Delegationen für den Entwurf der Palästinensischen Autonomieregierung – unterstützt von rund 120 Mitgliedsstaaten der UNO –, der die israelische Siedlungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem verurteilen sollte. Während die europäischen Vetomächte Großbritannien und Frankreich gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland ihren Schulterschluss in der Abstimmung übten, waren es die USA, an denen die Resolution scheiterte.

Botschafterin Susan Rice beeilte sich zwar, die Siedlungsaktivitäten Israels scharf zu verurteilen, betonte aber zur Begründung der Ablehnung, dass der UN-Organisation die Mittel fehlen, den Frieden herbeizuführen. Die Chefin der US-Mission in New York konnte freilich die Tatsache nicht kompensieren, dass Washington entgegen allen einschlägigen Erfahrungen weiterhin an den alleinigen Erfolg direkter israelisch-palästinensischer Friedensverhandlungen glaubt. Ein Blick in die Archive des State Department hätten Frau Rice und Hillary Clinton gereicht. Gegenwärtig sieht also nichts danach aus, dass Washingtons Priorität darauf gerichtet sei, im arabischen Nahen Osten die politische Isolierung abwenden zu wollen.

¹ Erschienen in der „Jüdischen Zeitung“ (Berlin) März 2011, S. 7.

Der Autist auf Tripolis' „Grünem Platz“

Mit der Berliner Zustimmung im UN-Sicherheitsrat kündigt sich eine Wende in der deutschen Nahostpolitik an. Zwar hat der EU-Rat die Vorschläge Guido Westerwelles vorläufig auf Eis gelegt worden, die Finanz- und technischen Hilfen für Tunesien und Ägypten an erkennbare Fortschritte im Demokratisierungsprozess zu binden. Ein schneller und gemeinsam getragener Beschluss dazu scheiterte an den Mittelmeer-Anrainern Frankreich, Spanien, Malta, Zypern, Griechenland und Slowenien, die weitere Belastungen ihrer Haushalte und die Aufnahme arabischer Flüchtlinge fürchten und ihre Kapazitätsgrenzen unerträglich belasten würden.

Dass aber die EU-Außenminister am 21. Februar an die Adresse Muammar Gaddafis die sofortige Beendigung der Gewalt gegen Zivilisten verlangten, gleichzeitig jedoch ihre Hoffnungen auf einen „nationalen Dialog“ über eine „konstruktive Zukunft“ des Landes setzten, liest sich wie ein mühevoller Formelkompromiss, der von der politischen Realität Libyens längst überholt ist. Hier muss zugunsten europäischer Kongruenz erheblich nachgearbeitet werden, nachdem alle Welt die Gewalt gegen Demonstranten als Völkermord bezeichnet hat. Die europäische Ankündigung von Sanktionen sowie der Einstellung von Waffenlieferungen und des Einreiseverbots für Repräsentanten des Regimes dürften sich in den Ohren der libyschen Bevölkerung wie Hohn ausnehmen.

Westerwelle soll tags darauf erregt nach Berlin zurückgekehrt sein, weil die Unstimmigkeiten die gemeinsame Bewertung des menschenverachtenden Gewalteinsatzes in Tripolis, Tobruk, Beida und anderswo überlagerten. Der dreiste Auftritt Gaddafis auf dem „Grünen Platz“, den die Demonstranten mit Wut, Verachtung und verdoppeltem Willen quittierten, den Despoten und seine Brandstifter

in die politische Wüste zu schicken, hätte Brüssel herausfordern sollen, zumal da libysche Minister und Diplomaten den Dienst quittierten und auf die Seite des Protestes überliefen.

Im Nachhinein erscheint der Aufruhr in Ägypten gegenüber dem Bürgerkrieg in Libyen wie eine märchenhafte Revolution, auch wenn sie mehrere hundert Tote forderte. Denn während Truppeneinheiten Gaddafis nicht davor zurückschreckten, auf die eigene Bevölkerung zu schießen und „Bürgermilizen“ die Bevölkerung terrorisierten, zu Plünderungen ausschwärmten und wahllos auf alles schossen, was sich bewegte, setzten die ersten zaghaften Proteste in Kairo am 25. Januar eine alle Schichten der Bevölkerung ergreifende Dynamik in Gang, der sich das Militär um des eigenen Überlebens willen als hinlänglicher Ordnungsfaktor nicht entziehen konnte und wollte. Denn schnell stellte sich zweierlei heraus:

An die Stelle der sich als omnipotent gebärdenden Eliten aus Regierung, Generalstab, Wirtschaft und Bürokratie setzte sich keine selbsternannte Führungsfigur öffentlich in Szene, sondern die Ägypter erlauben sich zwecks politischer Willensbildung den Reichtum von Gärungsprozessen. Zum anderen löste sich Mubaraks Drohung, nach ihm werde das Chaos in Gestalt der Moslembrüder ausbrechen, in Nichts auf. Mithin konnten sich jene in- und ausländischen Kommentatoren bestätigt sehen, dass die Führung der gut organisierten Moslembruderschaft verlässlich dem Einsatz von Gewalt abgeschworen hat und Mubarak die Islamisten nur als Drohkulisse gegen den Westen in Stellung brachte.

Die großen Unbekannten

Für den Jemen steht fest, dass die bisherige auf Stämmen und Stammeskulturen gründende Staatsordnung nicht überleben wird.

Die Regierung unter Führung des seit dreißig Jahren herrschenden Ali Abdullah Salih, einem Verbündeten der USA im Kampf gegen den einheimischen Arm von „Al-Qaeda“, ist nicht nur an den Rufen „Nieder mit der Armut“ und „Nieder mit der Korruption“ gescheitert, sondern auch an der Selbstherrlichkeit des Präsidenten, der noch vor kurzem eine Verfassungsänderung durchsetzen wollte, die ihm das Amt auf Lebenszeit garantiert hätte. Bahrain droht durch den Gegensatz zwischen der sunnitischen Königsfamilie und der schiitischen Bevölkerungsmehrheit zu implodieren, wenn der Monarch Hamad Ibn Isa Al-Chalifa am tribalistischen Familiensystem festhält und die dringenden Reformen von Mal zu Mal verschiebt.

In Marokko und in Jordanien dürften konstitutionelle Monarchien einziehen und den bisherigen politischen Primat des Königs einengen. Revolutionäre Umbrüche gelten als unwahrscheinlich, wenn Presse- und Meinungsfreiheit einkehren, die Tabuzonen „Dynastie, Militär sowie Islam“ fallen und sich die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und Benzin in Maßen halten. Die Moslembrüder werden sich politisch arrangieren, wenn in Jordanien die Wahlrechtsreform so geändert wird, dass die Zahl der Abgeordneten aus den beduinisch geprägten Landstrichen prozentual nur so groß ist wie die aus den Städten. Dagegen wiegt der Verdacht schwer, dass Königin Rania einen ausschweifenden Lebensstil frönt, Gönner mit hohen Positionen bedenke sowie mit Jordaniern verheirateten Palästinensern zur Staatsbürgerschaft ver helfe. Wie hier ist es auch in Marokko mit dem notorischen Austausch von Ministerpräsidenten nicht getan.

Die großen Unbekannten sind Algerien, Saudi-Arabien und Syrien. In Algier versammeln sich regelmäßig einige hundert Demonstranten mit Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung und des Präsidenten Abdelaziz Bouteflika. Unter ihnen befinden sich die Mitglieder der verbotenen „Islamischen Rettungsfront“, deren

Wahlerfolg 1992 mit militärischer Gewalt barbarisch zunichte gemacht wurde. Was die Politologin Mai Yamani 15 Jahre später zu den Wahhabiten behauptet hat, gilt weitgehend noch heute: Außenpolitisch tun sie sich durch Vermittlungen wie zwischen Syrien und Libanon hervor oder grenzen sich strikt gegen iranische Anbiederungsversuche ab. Innenpolitisch hat sich jedoch trotz der Reformversprechen von König Abdullah das Gefühl der Lähmung breitgemacht. Nachdem das Königshaus Erwartungen für echte Verfassungsreformen geweckt hatte, verkündet es inzwischen, dass die Zeit für einen Wandel noch nicht gekommen sei. Doch der König ist alt und krank, und für den 15. März hat die Opposition zu Demonstrationen aufgerufen.

Der andere große Unsicherheitsfaktor dürfte Syrien sein, wenn im Dominoeffekt die Revolution dorthin ausgreift. Nach dem Gemetzel Anfang 1982 in der Stadt Hama mit mehr als zehntausend Toten – nur der erste Libanonkrieg Israels vier Monate später ist international in Erinnerung geblieben – wird der dort zu befürchtende Gewalteinsatz des Regimes vieles im arabischen Raum an Chaos Erlebte übertreffen. Die syrischen Moslemb Brüder haben ein langes Gedächtnis, und die Zivilgesellschaft ist jahrzehntelang brutal geknebelt worden. Auch hier hat Europa kläglich versagt.

Deutsche Befreiungsschläge

Die Regierung in Kairo hat trotz Benjamin Netanyahus „größter Sorge“ zwei iranischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch den Suezkanal nach dem syrischen Hafen Latakia gestattet. Dabei kann sie sich der breiten Zustimmung ihrer Öffentlichkeit gewiss sein. Der Frieden von Camp David gehöre der Vergangenheit an, hat der als besonnen geltende Ayman Nour von der liberalen Partei „Al-Ghad“ („Der Morgen“) betont und den „Sieg der Revolution“ in seinem Land

gefeiert. Nach Aussage des ägyptischen Schriftstellers Khaled Al-Khamissi sei sein Volk gegen den Frieden mit Israel, weil es die Palästinenser unterdrücke. Dieser Wink dürfte in Brüssel und Berlin großzügig überhört werden, denn dort setzt man die Hoffnungen ganz auf die junge Facebook- und Twitter-Generation, die angeblich mit den eigenen Problemen voll ausgelastet ist.

Aber die Zäsuren in westlichen Wahrnehmungen lassen sich nicht übersehen. Bislang war im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt regelmäßig kolportiert worden, dass die Amerikaner und die deutschen Bundesregierungen als diplomatische Bremser zugunsten der Politik Jerusalems aufgetreten seien. Inzwischen jedoch hat es die israelische Politik geschafft, was manche ihrer Diplomaten seit längerem befürchteten: Der wichtigste Verbündete nach den USA geht auf Abstand. Auf Dauer kann Berlin den Aufbruch im arabischen Raum nicht in den höchsten Tönen preisen und gegenüber der israelischen Politik und der gebrechlichen Basis ökonomischer Erfolge in der Westbank ohne politische Fortschritte die Augen verschließen.

Die Bundeskanzlerin hat es bei ihrem Besuch in Israel Ende Januar mit Bedacht vermieden, der Regierung ihr Handeln in den palästinensischen Gebieten öffentlich vorzuhalten; wäre sie dieser argumentativen Maxime gefolgt, hätten sich Netanyahu und sein Kabinett darin bestätigt gesehen, dass selbst auf die besten Freunde kein Verlass sei. Stattdessen schlug Angela Merkel einen anderen und wirkungsvolleren Weg ein: Sie forderte den Regierungschef auf, endlich seine politischen Karten zur Zweistaatenregelung auf den Tisch zu legen und sich nicht länger hinter vagen Absichtserklärungen und allseits bekannten Verweisen auf zwingende Rücksichtnahmen gegenüber seinen Koalitionspartnern von rechts zu verstecken – oder zu Ausflüchten greift, wie jüngst in den Fällen Ägypten, wo es nach wie vor das Ziel der Moslembrüder

sei, Israel zu vernichten, und Syrien, wo der Obama-Vertraute John Kerry, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, in den vergangenen zwei Jahren fünfmal mit Bashar Al-Assad zusammenkam, um eine Annäherung an Israel auszuloten: Der Präsident in Damaskus sei kein ernsthafter Friedenspartner, beschied ihn Netanyahu.

Merkels Vorstöße lösten in Jerusalem nachhaltige Irritationen und vernehmlichen Ärger aus. Denn nach ihrer Rede Mitte März 2009 vor der Knesset glaubte man sicher zu sein, dass das deutsche Verständnis von politischer Staatsräson mit der israelischen Interpretation und Interessenlage übereinstimme und damit selbstverständlich den 1980 annektierten Ostteil Jerusalems sowie die Souveränitätsvorbehalte über „Judäa und Samaria“ einbeziehe. Diese kategorische Erwartung hat sich nicht erfüllt. Vielmehr schwenkte die Bundesregierung erstmals auf die kritische Linie anderer EU-Staaten – mit Ausnahme Polens, Tschechiens, Rumäniens und Bulgariens – ein und setzte das Zeichen, dass sie auf eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu setzen bereit ist. Berlin verzichtet auf Alleingänge, erkundet aber Chancen für allseits mitgetragene Aktivitäten – und scheut auch nicht davor zurück, eine Vorreiterrolle einzunehmen, wenn ihre Initiativen nicht auf Antrieb umfängliche Zustimmung finden.

Noch hält Guido Westerwelle im Gegensatz zu seinem Staatsminister Werner Hoyer, der gegenüber den ägyptischen Moslebrüdern für eine differenzierte Einstellung plädiert hat, am bekannten Verständnis der Ablehnung der Islamischen Widerstandsbewegung im Gazastreifen fest, obwohl für einen ihrer Repräsentanten die Bismarckschen „Hufschläge der Geschichte“ unüberhörbar geworden sind und manche Liberalisierungen bevorstehen würden. Der interne Dissens in Berlin erscheint jedoch von außen betrachtet wie die letzte Phase eines diplomatischen

Rückzugsgefechts, zumal der Außenminister selbst, wenn auch zunächst auf Tunesien gemünzt, darauf hingewiesen hat, dass „Islam und Demokratie sehr wohl zusammenpassen“. Hamas und die Autonomieregierung in Ramallah werden nicht umhin kommen, ihre Verhärtungen zu überdenken, die eindeutig auf den eigenen Machterhalt orientiert sind. Dazu zwingen sie nicht zuletzt die Entwicklungen in Ägypten und Jordanien.

Herausforderungen vor der Tür

Worauf es jetzt in den europäischen Hauptstädten ankommt, läuft darauf hinaus, jeglichen Anschein zu vermeiden, die politischen und gesellschaftlichen Prozesse im arabischen Nahen Osten durch ungeliebte Interventionen gleich welcher Art zu stören und damit regressive Entwicklungen zu provozieren. Nachdem die Revolutionen ohne die Einmischung des Westens eingesetzt haben, wäre es geradezu kontraproduktiv, das nachholen zu wollen, was George W. Bush im Blick auf Irak und Afghanistan einst als das Hinwirken auf einen *regime change* bezeichnete. In Ägypten sind die ersten Stellschrauben für eine demokratisch legitimierte Justiz auf der Grundlage des islamischen Rechts eingelassen worden, ohne dass dabei koptische Normensysteme aus den Augen verloren werden; die überarbeitete Verfassung wird folgen. Islamische und koptische Traditionsstränge bieten Interpretationsspielräume für eine zeitgemäße Rechtsordnung.

Der Aufruf zur internationalen Diskretion darf und sollte nicht Bildungsprojekten, der Entwicklung eines tragenden Mittelstandes, den Verbesserungen auf den Feldern einer modernen Kommunalverwaltung, den Austauschprogrammen für Jugendliche und Erwachsene gelten – einschließlich dem Abbau von Importzöllen insbesondere für landwirtschaftliche Produkte. Letzteres wird ohne

neuerlich heftige binneneuropäische Verteilungskämpfe nicht abgehen. Gleiches dürfte für die Harmonisierung europäischer Standards bei der Erteilung von Visa gelten. Bisher war es gerade jener Interventionismus, der an universellen Werten orientierte grundlegende Reformen strikt verhindern wollte und sich auf kosmetische Korrekturen beschränkte, womit – wie seit dem europäischen Barcelona-Prozess bekannt – regelmäßig bilaterale Sonderabsprachen zum Zuge kamen und eine Gemeinschaftspolitik geradezu sabotierten. Insgesamt wird Europa nicht umhin kommen, vertiefte Zugänge zu einer Region zu suchen und auszugestalten, die es bislang aufgrund der ihm fremden Kulturlandschaft auf Abstand halten wollte, wenn diese nicht Millionen Touristen angezogen hätte.

*Abgeschlossen
am 25.02.2011*
